

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Einzigste Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk

Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Tageblatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land.

Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Bildwoche, Jugend u. Deutschtum, Mode vom Tage, Frau

und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von

Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Fertig ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntags- und Sonntagssummer 15 Pf.). — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsaussträger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen.

Postleitzettel: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Säuberung des Betriebes der Zeitung oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 43 mm breite einpartige Grundrisszelle 25 Pf., doppelseitige 20 Pf., die 90 mm breite Reklamezelle (im Textteil) 70 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Blättern keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßiger Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 56

Dienstag, den 8. März 1927.

82. Jahrgang

Tageschau.

* In Genf haben am Sonntag bereits Besprechungen zwischen Chamberlain, Stresemann und Briand stattgefunden.

* Nach Meldungen aus Genf beabsichtigt Dr. Stresemann die Verhandlungen in deutscher Sprache zu leiten.

* Die chinesische Südarmee hat einen neuen Vormarsch begonnen und droht Shanghai von den Schanzungstruppen abzuschneiden.

* Die Ostküste von Madagaskar ist von einem Zyklon heimgesucht worden, der große Zerstörungen anrichtete. Es wird von 60 Toten berichtet.

Die Sowjetregierung hat vier Schiffe in Deutschland geäußert, Verhandlungen über weitere Schiffskäufe sind im Gange.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Beginn der Genfer Tagung.

Genf, 6. März. (Drahtb.) Die morgen Vormittag 11 Uhr beginnende Ratstagung begegnet in allgemeiner verhältnismäßig nüchternen Auffassung in bezug auf die Möglichkeit von Ergebnissen, die nicht scharf genug durch die umfangreiche Tagesordnung — nunmehr 40 Punkte — umrisst sind. Die Tatsache, daß der deutsche Reichsausschuss in seiner Vorsitz führt, ist zu den verschiedensten Kombinationen benutzt worden. Sie sind vollkommen abwegig, da die alphabetische Reihenfolge diesen Vorsitz herbeigeführt hat. In der Saarfrage liegt der sogenannte Kompromiß vor, der von der Regierungskommission des Saargebietes gegen die Stimmen des saarländischen Vertreters dem Rat unterbreitet worden ist. Dieser Vorschlag weist zunächst verschiedene offensichtliche Mängel auf, so vor allem den, daß die Zurückziehung der französischen Truppen nicht von vornherein an ein bestimmtes Datum geknüpft ist. Die Verhandlungen werden darauf abzielen müssen, in erster Linie den genauen Endtermin für den Abzug der französischen Truppen festzulegen, ferner den Bahnhof insbesondere wegen seiner Größe zu beanstanden und schließlich die genauen Kompetenzen irgendwelcher neuer Organisationen festzulegen. Zur Frage des Oberschlesischen Konflikts legt dem Rat eine Petition von 7041 Bewohnern Oberschlesiens vor, durchweg Leute polnischer Muttersprache, die um den Besuch der deutschen Schule für ihre Kinder einkommen, weil ihnen eine doppelte Kultur unerlässlich erscheine. Der Präsident der deutsch-polnischen gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, hat diese Frage nach dem Wortlaut der Genfer Konvention zugunsten eines solchen Anspruchs der Einwohner in Oberschlesien entschieden. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Frage in der gegenwärtigen Tagung entschieden wird, vielmehr ist zu erwarten, daß sie dem Gutachten des Haager Gerichtes unterworfen wird.

Das Programm der heutigen Ratstagung.

Genf, 6. März. Der Völkerbundsrat wird am Montag, vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns zu einer geheimen Sitzung zusammentreten. Hierbei wird der Antrag des Völkerbundskommissars in Danzig, von Hamel, auf Übernahme seines Gehalts durch den Völkerbund zur Sprache gelangen. Man nimmt hier an, daß der Völkerbundrat sich der ablehnenden Auffassung der Kontrollkommission anschließen wird.

In der öffentlichen Sitzung wird zunächst die Frage der Lagerung von Kriegsmaterial in Danzig zur Sprache kommen. Diese Frage wird voraussichtlich vom Völkerbundsrat zunächst an die im Juni zusammenstrebende beratende Kommission des Völkerbundes zur Stellungnahme überwiesen werden. Wohlslig soll der Völkerbundskommissar in Danzig vom Völkerbundrat mit der Entscheidung für den einz. Fall beauftragt werden. Ferner wird in der Sitzung der Bericht der Mandatskommission über die direkte Anhörung der Vertreter der Mandatsgebiete, sowie über den neuen Fragebogen für die Mandatsmächte zur Sprache gelangen. Des weiteren steht auf der Tagesordnung der Bericht der Hygienekommission, sowie das System der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder.

Für den Nachmittag ist keine weitere Sitzung des Völkerbundsrates vorgesehen. Am Nachmittag tritt lediglich ein Unterkomitee des Völkerbundes zur Entscheidung über die von Rumänien vor den Völkerbundsrats gebrachten Fragen der Kompetenz des gemischten ungarisch-rumänischen Friedsgerichtshofes in Paris zusammen.

Die heute vom Völkerbundsekretariat veröffentlichte Tagesordnung für die nächsten Sitzungen, die insgesamt jetzt 40 Fragen umfaßt, reicht bis zum Mittwoch, so daß allem Anschein nach mit einer kurzen Dauer der gegenwärtigen Tagung gerechnet werden kann. Nach den bisherigen Dispositionen werden die Fragen der Neubildung der Saarregierung, sowie des Rückzuges der französischen Truppen aus dem Saargebiet nicht vor Mittwoch zur Verhandlung kommen. Auf der für Dienstag nachmittag vorgesehenen Völkerbundssitzung wird voraussichtlich der Protest des oberschlesischen Volksbundes behandelt werden.

Erste Besprechungen der Außenminister.

Genf, 6. März. Reichsausschussminister Dr. Stresemann ist heute früh in Begleitung von Staatssekretär von Schubert in Genf eingetroffen, gleichzeitig mit dem italienischen Vertreter Scialoja. Einmal später trafen Briand und Chamberlain ein, dann der tschechische Außenminister Benesch. Der polnische Außenminister Boleski ist bereits am Sonnabend in Genf eingetroffen. Die Ankunft des tschechischen Ministerpräsidenten Masaryk erwartet man für Donnerstag. Der belgische Außenminister Vandervelde trifft am Montag früh ein. Bereits heute haben Besprechungen der Außenminister der verschiedenen Länder stattgefunden. Am Nachmittag besuchte Chamberlain Briand in seinem Hotel und um 5 Uhr nachmittags suchte Stresemann Chamberlain in seinem Hotel auf. Auch mit Briand hatte Dr. Stresemann heute bereits eine kurze Besprechung. Es handelt sich dabei natürlich noch um keine Besprechung im politischen Sinne, sondern lediglich um eine Unterhaltung, wie sie sich im Anschluß an die Begrüßung ergab.

Genf, 7. März. (Drahtb.) Nach der einstündigen Unterredung mit Briand hatte Dr. Stresemann von etwa 6 bis 8 Uhr eine Besprechung mit Chamberlain.

Von maßgebender deutscher Seite wird zu den gestrigen Beratungen der Außenminister mitgeteilt:

Sämtliche Deutschland berührenden Fragen der kommenden Ratsverhandlungen, sowie die großen Probleme, die zwischen Deutschland und den Völkern bestehen, sowie auch die kulturellen internationalen Fragen seien von den Außenministern eingehend beraten worden. Ferner seien insbesondere auch die Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn und Westen in großen Zügen, sowie ihre Rückwirkungen auf die westeuropäische Politik zur Sprache gekommen. Es sei jedoch nicht zu erwarten, daß auf den gegenwärtigen Tagung des Rates in denjenigen Fragen, die die Rheinlandräumung berühren, bereits ein positives Ergebnis erzielt werden könne.

Der deutsche Standpunkt muß dahin präzisiert werden, daß nach der Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen, sowie der Erledigung der Restpunkte Deutschland nunmehr von seinem Recht Gebrauch machen könne, vom Völkerbundrat die endgültige Räumung des Rheinlandes zu verlangen, wie es ihm nach Artikel 43 des Versailler Vertrages zugesichert sei. Wie weit dabei die Reparationsfrage eine Rolle spielt, oder frühere Pläne wieder auftauchen würden, müsse gegenwärtig dahingestellt bleiben. In der letzten Zeit sei in der Presse vielfach davon gesprochen worden, daß die Konstituierung der neuen Regierung dazu beigetragen und die Schwierigkeiten verstärkt hätte, die sich einer Fortführung der begonnenen Diskussionen von Genf und Thessaloniki entgegenstellten. Das treffe in keiner Weise zu. Die größte Er schwerung der Politik der deutsch-französischen Annäherung sei durch eine sehr starke Reaktion in der französischen Öffentlichkeit erfolgt, als das neue Kabinett noch gar nicht gebildet gewesen sei. Die Schwierigkeiten liegen vielmehr in der Zeit nach der Genfer Konferenz im September 1926, als die Politik Briands auf bestmöglichem Weiderstand verschiedener französischer Parteien gestoßen sei.

Auch der polnische Konflikt habe mit der Bildung des neuen Kabinetts nichts zu tun. Von polnischer Seite sei man gegenwärtig bemüht, die vier letzten Auswahlen als Sonderfälle hinzustellen. Es handelt sich jedoch keineswegs um Einzelsätze, sondern um das letzte Glied einer Reihe in einer Politik der gewaltfreien Entdeutschung Oberschlesiens. In den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, insbesondere in der Niederlassungsfrage seien polnischerseits Deutschland die größten Schwierigkeiten gemacht worden. Es treffe nicht zu, daß man, wie von der polnischen Regierung behauptet wird, in den Verhandlungen kurz vor einer Einigung gestanden habe. Deutschland habe von Polen lediglich die Einräumung derjenigen Rechte gefordert, die Deutschland in Handelsvertragsverhandlungen sprachlich genommen hat und weil auch innerhalb der Regierung

mit anderen Ländern bereits erhalten habe. Ferner entspreche die polnische Behauptung von einer Ausweisung von 25 000 polnischen Arbeitern aus Deutschland keineswegs den Tatsachen. Die deutsche Regierung habe lediglich angesichts der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland auf eine Einschränkung der Beschäftigung der polnischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft gedrängt. Es handele sich dabei keineswegs um politische Ausweisungen, wie dies von polnischer Seite dargestellt werde. Sollte die polnische Regierung den Wunsch einer ehrlichen Verständigung haben, so sei die deutsche Regierung durchaus bereit, diesem Verständigungswillen Entgegenkommen zu zeigen.

Stresemann verhandelt deutsch.

Berlin, 7. März. Nach einer Drahtmeldung aus Genf beabsichtigt Dr. Stresemann, die Eröffnungsansprache in deutscher Sprache zu halten und sie dann ins Englische und Französische übersetzen zu lassen. Dr. Stresemann wird auch die Verhandlungen in deutscher Sprache leiten.

Die Kantonesen im Anmarsch auf Shanghai.

Shanghai, 5. März. General Tchang, der Verteidiger Shanghais, hat seine in Shanghai stationierten Truppen nach dem etwa 80 Kilometer westlich gelegenen Sutschau transportiert. (Sutschau ist ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt an der Linie Nanking-Shanghai). Die Südarmee, die unter Umgehung Shanghais in Elmstädt auf Sutschau-Pusau marschiert, droht Shanghai und somit die südlich Shanghais, bei Sungkang, liegenden Schanzungstruppen abzuschneiden. Die Lage ist für die Südarmee günstig, der Fall Sutschau wahrscheinlich. Mit Sutschau würde auch Shanghai in die Hände der Kantonesen fallen. Das englische Truppenkommando rechnet mit sehr baldiger Befreiung der Shanghaier Chinesenstadt durch die Südarmee. General Duncan konfertierte mehrere Stunden mit den amerikanischen und japanischen Truppenführern. Japan kündigt die Verdopplung seiner Kriegsschiffe auf 20 an, mit denen es den Shanghaier Hafeneingang beherrschen wird.

Nach weiteren Berichten steht fest, daß die Kantonesen kurz vor der Eisenbahmlinie Shanghai-Nanking stehen, die für General Tchang die Hauptverbindungsstrecke darstellt. Die Stadt Sutschau soll bereits in ihren Händen sein. Gleichzeitig rücken die Kantonesen auch auf die Eisenbahnpunkte Kunckang und Wusik vor.

Das Londoner Garderegiment, das vorsichtig in Hongkong untergebracht war, hat Befehl erhalten, nach Shanghai auszurücken.

London, 6. März. Wie die „Central News“ berichtet, ist General Sun von Shanghai nach Nagasaki in Japan abgereist. Wie verlautet, soll er 100 000 Pfund Sterling nach seinem neuen Wohnort mitgenommen haben.

Übergabe Shanghais an Kanton?

Berlin, 6. März. Aus Shanghai wird gemeldet: In der Kuomintang-Partei sind unbefristigte Gerüchte im Umlauf, nach denen Tchangtchungshien zu einer Verständigung mit den Kantonesen wegen der Befreiung der Stadt durch die Südarmee, ohne daß Widerstand geleistet werden soll, gekommen wäre.

Japaner in Shanghai gelandet.

Berlin, 7. März. (Drahtb.) Der englische Kommandeur Duncan zog, dem Montag zufolge, die englischen Truppen aus den japanischen Baumwollspinnereien in der Shanghaier Niedersiedlung Jangtsepo zurück und erzwang dadurch die Bandung japanischer Matrosen. In einer Stärke von 8000 Mann übernahmen diese den Schutz von Jangtsepo. Amerikanische Marinetruppen werden ebenfalls diese kleine Niedersiedlung besetzen.

Die Lebensmittelzölle.

Berlin, 7. März. Zu der bereits gemeldeten Verlängerung der Gestzungsdauer der ermäßigten Lebensmittelzölle über den 31. März bis zum 31. Juli wird ergänzend berichtet, daß diese vom Kabinett beschlossene Verlängerung nicht auf dem Gesetzewege, sondern auf dem Verordnungswege durchgeführt wird. Dies ist auf Grund von § 4 des Gesetzes über Zolländerungen zulässig. Von der Wiederholung der gesamten Zollnovelle vom Jahre 1925, die am 31. Juli abschließt, konnte das Kabinett zunächst absehen, weil das Parlament gegenwärtig durch die Übertragungen treffsich in An-